

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

104 (5.5.1930)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüberstellung 20 Pfennig, Bei Werbefolge Rabatt nach Text, der bei Nichtzahlung des Zeitungspreises, bei gefälliger Bezahlung und bei Kontour außer Kraft tritt o. Gefälligst an den Verleger 10 Karlsruhe L. D. o. Schluß der Anzeigen-Aufnahme 8 Uhr vormittags

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ohne Zustellung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.00 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vom 1. bis 11. März o. Postfach 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. D. Poststraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Postfach-Platz: Durack, Hauptstraße 9; B.-Boden, Jagdstraße 12; Kallat, Rosenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 104 Karlsruhe, Montag, den 5. Mai 1930 50. Jahrgang

Lautlose Etatsberatung

Die kleinen Parteien sprechen

3. Mai. (Ein. Drath.) Auch der zweite Tag der Hausarbeiten im Reichstag verlief sehr still. Es fehlte jede Anwesenheit. Zwar kamen fast alle Sprecher auf die Haushaltsberatung des Abg. Vogel zurück und auch der Reichsfinanzminister polemisierte ausführlich gegen sie, aber die Wichtigkeit der Aussprache war unbestreitbar. Der christlich-nationale Bauernvertreter v. Sobel nannte den Haushaltsentwurf eine traurige Erbschaft der Regierung Müller-Hilke, weil die Ausgaben eine Milliarde höher seien als im Vorjahr. Das lasse ein Vagabund in einer Zeit, die jeden Tag erhöhte Subventionen an die Landwirtschaft erhalte. Abg. v. Sobel verlangte Streichungen rücksichtslos. Natürlich nicht am Minister, sondern am Sozialetat. Der demokratische Abg. Meyer unterstrich die früheren Vorbehalte seiner Fraktion gegen das Kabinett Brüning. Er bedauerte noch unendlich die von seiner Fraktion mitbestimmte Straffsteuer für Warenhändler und Konsumvereine, aber zu einem Antrag auf Aufhebung dieser Steuer reichte es nicht. Einen gelinden Tadel sprach der Minister Dr. Wirth für seine Schwäche gegenüber der parlamentarischen Regierung ein. Die erste Rate für den Vorschlag B wird die demokratische Fraktion ablehnen. Da am Freitag für das Zentrum dieselbe Erklärung abgegeben ist, ist für dieses Jahr die Ablehnung der ersten Rate zu erwarten. Eine niedliche Anregung gab der Wirtschaftsparteiler Schaffen. Er will ein Ehren Diplom für diejenigen Oberbürgermeister und Kammerer einführen, die die Senkung der Ausgaben in ihrem Bereich durchsetzen. Muß der Mann die deutschen Oberbürgermeister einschließen? Oder kennt er sie, soweit bürgerliche Berufe in Betracht kommen, so genau? Der bayerische Parteiführer Dr. Pfeiffer meinte, daß die Süddeutschen Staaten bei der Verteilung der Reichsmittel geradezu trostlos behandelt werden. Herr Wiseger meinte aber sehr genau, daß gerade Bayern eine gewaltige Erhöhung

seiner Steuern würde vornehmen müssen, wenn es sich ganz aus eigenen Mitteln erhalten wollte. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte sich bereit, den ganzen Komplex der Fragen, die das Verhältnis zur thüringischen Regierung betreffen, beim Etat des Reichsfinanzministeriums oder schon vorher im Haushaltsausschuß zu erörtern und als Material vorzulegen. Die Debatte würde sich freilich wiederholen, wenn die Entscheidung des Staatsgerichtshofes über das thüringische Ermächtigungsgesetz vorliegt. Am Nachmittag, als das Haus schon sehr schwach besetzt war, nahm der Reichsfinanzminister Dr. Woldenbauer das Wort. Seine Rede konnte das Auditorium nicht verstimmen. Er redete um manches sehr vorsichtig herum, aber soweit doch klar, daß er nur an eine Senkung von Besteuern denkt, weil er glaubt, nur durch die Wirtschaft heben zu können. Daß ein Leistungsabbau bei der Arbeitslosenversicherung geplant sei, kritisierte er ab, da dies eine höhere Belastung der Gemeinden bedeuten würde. Er wolle nur überflüssige und entbehrliche Ausgaben vermeiden. Ja, warum nennt er denn nicht, was er darunter versteht? Warum hat die Volkspartei jahrelang auf den Leistungsabbau hingewirkt und warum die Große Koalition zerfallen, wenn sie es gar nicht so gemeint hat? Sie hat es in Wahrheit doch so gemeint. Ihr Finanzminister sucht den Leistungsabbau nur in schöne Bemerkungen einzuschließen. Gegen 1 Uhr redete ein Kommunist die 18 Minuten herunter, die seiner Fraktion noch zur Verfügung standen. Seine Fraktion schied ab und zu einem matten Zwischenruf zu dem armen Mann hinan, der trotz war, als er die Rede vor dem völlig leeren Hause las. Dann verlangte sich das Parlament auf den 15. Mai. Inzwischen wird der Haushaltsausschuß den Etat soweit durchberaten, daß das Plenum bald in dessen zweite Lesung tritt.

Tariferhöhung der Reichsbahn?

Die Rolle des Zentrums

Die vom Reichseisenbahnrat nach dem Vortrage des Reichsverkehrsministers von Guérard getroffene Entscheidung über die Tarifforderungen der Reichseisenbahn ist keine wirtschaftliche, sondern eine ausgesprochen politische Entscheidung. Die Unternehmer haben die beantragte Erhöhung der Wagenladungstarife zu Fall gebracht und gegen den geschlossenen Widerstand der Arbeitervertreter aller Richtungen eine „organische Erhöhung der Personentarife des allgemeinen Verkehrs“ vorgeschlagen. Es ging nach dem Gesichtspunkt: andere Koalitionen, andere Sitten. Herr von Guérard, der Zentrumsminister der Regierung Brüning, hat die bisherige Politik des früheren Reichsverkehrsministers Stegerwald, des Zentrumsministers des Kabinetts Müller, einfach auf den Kopf gestellt und dem Reichseisenbahnrat für diesen Umfall die Verantwortung zugeschoben. Seine Rede im Reichseisenbahnrat ließ die Unternehmer zwischen den Zeilen ganz eindeutig wissen, daß die Reichsregierung der Tarifierhöhung wahrscheinlich zustimmen werde, wenn vom Reichseisenbahnrat die Erhöhung der Personentarife statt der Erhöhung der Gütertarife verlangt werden würde. Es ist also ein ausgesprochen politischer Standpunkt, der hinter dem Beschluß des Reichseisenbahnrats steht, in dem die Gruppe der Unternehmer die absolute Uebermacht hat. Es ist ein Standpunkt, für den in erster Linie das Zentrum verantwortlich zu machen ist, denn der Zentrumsminister von Guérard hat das Gutachten des Reichseisenbahnrats gewünscht, statt es zu verhindern. Was bejagt der Beschluß des Reichseisenbahnrats? Die Reichsbahn will Geld, will 150 Millionen Mark, weil sie mit ihrer Betriebsrechnung nach ihrer Behauptung für die Deckung der laufend erforderlichen Ausgaben nicht mehr auskommt. Ob die Reichsbahn diese Gelder unbedingt braucht, ob eine Tarifierhöhung dafür notwendig ist, braucht im Augenblick nicht entschieden zu werden. Jedenfalls sollten 60 Millionen Mark aus der Mehreinnahme des Berliner Vorortverkehrs (16 Millionen), aus der Neuordnung der Stückguttarife (50 Millionen) und aus einer Erhöhung des Expressgutes und der Gepäcktareife (3 Millionen) aufgebracht werden. Das wurde auch vom Eisenbahnrat empfohlen. Der Rest von 81 Millionen Mark sollte aber beschafft werden durch eine Erhöhung der Wagenladungstarife, besonders bei den Klassen E, F und G. Von einer Erhöhung der Personentarife stand in den Vorschlägen der Reichsbahn-Gesellschaft nichts und zwar aus sehr vernünftigen Gründen. Obnein bringt die Personenbeförderung jetzt schon ein Defizit von über 200 Millionen Mark jährlich. Der letzte Versuch, einer Erhöhung der Personentarife war ein ausgesprochenes Fiasko. Die Einnahmen sind weiter zurückgegangen und eine neue Erhöhung der Personentarife bedeutet nichts anderes, als daß das Reichsbahndefizit bei der Personenbeförderung von seiten der Fahrgäste und durch Abwanderung auf die billigsten Klassen noch vergrößert wird. Auf diese unvermeidlichen Folgen einer neuen Verteuerung der Personentarife, die außerdem noch die Inlandskaufkraft der Massen für andere Industrieerzeugnisse weiter schwächt und mit Sicherheit Lohnbewegungen fördert, haben die Arbeitervertreter aller Richtungen im Reichseisenbahnrat mit allergrößtem Nachdruck hingewiesen. Die Folge war, daß selbst die Vertreter der Reichsbahn-Gesellschaft die vernünftigen Argumente der Arbeitervertreter gegen eine Erhöhung der Personentarife durch ihre Zustimmung unterstützten! Die Unternehmervertreter im Reichseisenbahnrat und die übrigen Vertreter des Privatkapitals blieben trotzdem bei ihrer Haltung. Was kümmert sie wirtschaftspolitische Vernunft, was kümmern sie die späteren Sorgen der Reichsbahn-Gesellschaft, wenn sie nur jetzt die drohende Tarifierhöhung von sich auf die Massen abwälzen können. Das Ergebnis war schließlich das Mehrheitsgutachten, das mindestens eine 6-Prozentige Verteuerung der Personentarife, selbstverständlich auch hier in erster Linie der niedrigsten Klasse, bringen wird, während die Wagenladungen der Industrie gelohnt bleiben. Freilich ist das Problem ausreichender Einnahmen für die Reichsbahn in hohem Maße ernst, und die Arbeitervertreter haben im Reichseisenbahnrat selbst mit allem Nachdruck auf diese Schwierigkeiten und auch darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft angefaßt der wachsenden Konkurrenz anderer Verkehrsmittel, besonders des Kraftwagens und der Binnenschifffahrt, in bestimmter Weise entlastet werden muß, um Tarifierhöhungen überhaupt überflüssig zu machen. Sie haben darauf hingewiesen, daß die Reichsbahn selbst unbedingt zu dem Prinzip zurückkehren muß, Erneuerungen, die einen echten Anlagezuwachs bedeuten, unter allen Umständen auf Anleihe zu nehmen, was selber bei der Reichsbahn viel zu wenig geschehen ist. Sie haben gleichzeitig erklärt, daß es keineswegs ein Unrecht wäre — nachdem die Binnenschifffahrt teilweise subventioniert wird, und die Kraftwagenkonkurrenz im Gegensatz zur Reichsbahn, die ihre gesamten Schienenwege selbst bezahlen muß, zum Straßenaufbau nur wenig beiträgt — wenn die Konkurrenzierenden Verkehrsmittel der Reichsbahn eventuell in gerechter Weise steuerlich zugunsten der Reichsbahn belastet oder zumindestens diese Konkurrenz der Reichsbahn auch zur Aufzwingung der Reparationslasten

Unglücksfälle

Dom Schlachtfeld der Arbeit

D-Zug fährt in eine Arbeiterrotte

3. Mai. Der D-Zug 141 fuhr heute mittag 1 1/2 Uhr bei Hof 132 zwischen dem Bahnhof Altdorf und Gütersloh in eine am Gleise arbeitende Rote, wobei die Arbeiter Roland, Pollack und Wilmstrof getötet wurden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Schlagwetterungslud in Spanien

Madrid, 4. Mai. In einem Bergwerk in Barruelo, Provinz Leon, ereignete sich eine Schlagwetterkatastrophe, bei der 10 Bergleute ums Leben kamen.

Schweres Sprengungslud in amerikanischem Steinbruch

Wagon, 4. Mai (Kentuck). Bei Sprengungen in einem Steinbruch wurde gestern infolge vorzeitiger Explosion flüssigen Sauerstoffs 4 Mann getötet und 6 verletzt.

Flugzeugkatastrophen

Basel, 3. Mai. Am Samstag nachmittag unternahm der Verleger der Zeitschrift Individualität, Wilhelm Storz aus Dornach, ein

besamter Lierat, mit einem Bekannten und einem Basler vom Flugplatz Siernfeld aus einen Flug in die Zurberege. Gegen 1/2 Uhr kam er in die Nähe des Luftschuturmes beim Gempstollen. In dem Augenblick, als er Bekannten zuminken wollte, kam anheimelnd die Maschine mit den Baumkrönen in Berührung und stürzte ab. Storz und sein Begleiter, Wolfgang Remsberger aus Essen, waren sofort tot, während der Basler Flugpilot mit ersten Verletzungen ins Basler Krankenhaus eingeliefert wurde. **Geldern, 4. Mai.** Anlässlich eines Flugtages in Geldern stürzte der Fallschirmflieger H. Vanger aus Darmstadt bei einem Fallschirmabwurf ab und blieb tot liegen. **Berlin, 3. Mai.** Durch eigene Unvorsichtigkeit kamen am heutigen Abend zwei Flugpiloten und zwar ein Herr Walter Bartel aus dem Flugplatz Chemnitz und eine Frau Hartmann auf dem Flugplatz Tempelhof ums Leben. Im ersten Falle sprang der erwähnte Flugpilot nach Abschluß des Rundfluges, als das Flugzeug bereits wieder vor dem Chemnitz Flugplatzgebäude anhielt, unvorsichtigerweise beim Aussteigen nach vorn und wurde dabei von dem im Verlauf befindlichen Propeller getroffen und getötet. Im zweiten Fall fiel die genannte Frau, nachdem sie mit einem Schußflugzeug von Dessau kommend, in Tempelhof gelandet war, anfangt hinten um die Maschine herumzusuchen, nach vorn und kam infolge ihrer Unachtsamkeit in den Bereich des laufenden Propellers. Sie wurde getroffen und war sofort tot.

Stillschweigende Räumung

Bad Kreuznach besatzungsfrei

Bad Kreuznach, 4. Mai. Heute vormittag verabschiedete sich der letzte Adjutant als Vertreter der französischen Besatzungsbehörden von der Stadt, nachdem der Abzug der Besatzung in den letzten Wochen stillschweigend und ohne irgendwelche offizielle militärische Form stattgefunden hatte. Zugleich wurde heute das letzte militärische Gebäude an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben. Alle Kasernen sind jetzt geräumt und nur noch einige Wachen und Beauftragte der Sicherheitspolizei verbleiben noch einige Wochen bis zum offiziellen Räumungsschluß in der Stadt. Auch die Einholung der Klage vor dem Garnisonkommando erfolgte ohne jede militärische Form.

Waffenfunde im Marine-Sportklub

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: „Am Samstag gegen 7 Uhr morgens wurden die an den Booten des Deutschen Marine-Sportklubs an Stiehnice liegenden Boote des Deutschen Marine-Sportklubs und die Wohnung des in Berlin-Dahlem, Heiligenammer Straße 23, wohnhaften Leiters dieses Sportklubs und die Wohnung des Regierungsrates beim Reichspatentamt Dr. phil. Lübben nach Waffen und Munition durchsucht. Dabei förderte man eine beträchtliche Menge von Waffen und Munition auf. So wurden u. a. sicher gestellt ein Gewehr (Modell 98), sieben schwere Pistolen (Militärwaffen), drei Trommelrevolver, fünf Handgranaten verschiedener Konstruktion, zwei Seitengewehre, 416 Patronen und eine erhebliche Menge sonstiger Munition, ferner zahlreiche Zubehörteile für Waffen, darunter Zubehörteile für Maschinenpistolen; außerdem wurden 600 Erhardt-Abzeichen gefunden. Lübben war früher Mitglied des Winklingbundes und will jetzt der Deutschnationalen Volkspartei angehören. Verschiedene Mitglieder des Deutschen Marine-Sportklubs haben sich ebenfalls mit der Beschaffung von Waffen und Munition betätigt. Gegen sämtliche ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.“

Gandhi verhaftet

Bombay, 5. Mai. Gandhi ist auf Anordnung der Regierung verhaftet worden. Er war in Custodo Vorhof in der Nähe des Bombay eingetroffen und wurde aus dem Zuge unter militärischer Bewachung mit unbekannter Bestimmung abtransportiert.

Straßenkämpfe in Südafrika

Worcester (Kaprovins), 4. Mai. Zwischen einer Abteilung von 14 Polizisten und Eingeborenen kam es hier zu furchtbaren Straßenkämpfen. Ein Polizeihauptmann wurde mit einer Kugel in die Brust getroffen. Zwei Polizisten wurden verletzt. Sieben Eingeborene wurden getötet, mehrere andere verwundet.

Worcester, 4. Mai. Infolge erheblicher Abgaben an der Börse sank der Kurs der Aktien allgemein um 1-14 Dollar. Gegen Schluß der Börse machte sich unter dem Publikum eine unbeschränkbare Bewegung geltend; aus Angst vor einem neuen Crash versuchten die Käufer von Aktien diese schnell zu verkaufen.

Tohuwabohu bei den Deutschnationalen

Auch die Nazis schweigen

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion ist so durcheinander, daß sie weder am Freitag noch am Samstag zur Etatsdebatte einen Redner vorzuschicken wagte. Da sowohl der Reichstagspräsident als auch der Reichstagspräsident die Redner stellen wollte und die stundenlangen Auseinandersetzungen eine Verständigung nicht erlauben, verzichtete man auf jede Teilnahme an der Debatte, um dem Reichstag und der Öffentlichkeit ein neues Schauspiel zu ersparen. Die Nationalsozialisten, sonst als Vielredner in dem Reichstag bekannt, schwiegen am Freitag und Samstag zur Etatsdebatte ebenfalls. Auch hier bildeten ernste Meinungsverschiedenheiten die Ursache.

angezogen würden. Auch sei es ein Unrecht, die Reichsbahn die Gesamtlast jener Pensionen tragen zu lassen, die aus Kriegsfolgen gezahlt werden müssen, eine Pensionslast, die im Jahre 1929 mit 510 Millionen Mark die gesamten Bezüge der an der Reichsbahn tätigen Arbeiterschaft übertrifft!

Die Vertreter der Arbeiterschaft im Reichseisenbahnrat haben sich also beileibe nicht mit negativer Opposition begnügt; sie haben höchst beachtliche praktische Vorschläge gemacht. Den Unternehmern im Reichseisenbahnrat kam es aber auf vernünftige Reichsbahnpolitik nicht an; sie hatten nur ein Interesse, zu ihrem eigenen Vorteil unsoziale und reaktionäre Klassenpolitik zu treiben und auch auf diesem Wege die Reparationslast des Deutschen Reiches für den verlorenen Krieg auf die arbeitenden Massen abzuwälzen.

Das Herr von Guérard bei dieser Politik Pate gestanden hat, das ist es, was die Partei des Zentrums mit der denkbar schwersten Verantwortung nicht nur vor der Gesamtheit der Arbeitenden, sondern auch vor ihren eigenen Arbeiterwählern belastet. Das Reichskabinett hat jetzt darüber zu entscheiden, ob das vom Zentrum zugunsten der Unternehmer beeinflusste Gutachten des Reichseisenbahnrats mit seiner einseitigen und nutzlosen Erhöhung der Personentaxe zum Schaden der Gesamtheit und der Reichsbahn selbst Wirklichkeit werden soll oder nicht. Die Entscheidung über eine vernünftige Reichsbahnpolitik, die immer noch nicht zu einer allgemeinen Tarifierhöhung zu führen braucht, ist jetzt von den Ministern des Zentrums im Reichskabinett abhängig. Das muß der Arbeiterschaft, bevor die Entscheidung gefällt wird, klar und deutlich ins Bewußtsein gehämmert werden.

Schieles Danaidenfaß



Schiele: „Ehe das hier nicht bis zum Rande gefüllt ist, werdet ihr mich nicht los!“

Die Protestbewegung gegen die Konsumgenossenschaftliche Ausnahmesteuer

Von Konsumgenossenschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Die Erbitterung über den aus mittelständlerischem Egoismus verübten Raub von Millionen durch sorglose, genossenschaftliche Haushaltsführung erzielten Ertrübnissen der Minderbemittelten und Armen schwillt von Tag zu Tag an und erfährt somit auch die bisher noch indifferenten Verbraucherkreise. In den seit dem unannehmerlichen Reichstagsbeschluss, jenem ungläublichen, gegen die höhere sittliche Form der Verbrauchsbedürfnisse gerichteten Ausnahmesteuer, abgetakelten Konsumgenossenschaftlichen General- und Vertreterversammlungen sind bereits unzählige Entschlüsse gefasst worden. Die brennenden Organe der feuerlich vorgewalligten Konsumgenossenschaften sind entschlossen, den Kampf mit allen brauchbaren Mitteln zur Abwehr der in blinder Selbstsucht verübten Mißhandlung der organisierten Verbraucher zu führen, vor allem aber den Sturm der Entrüstung auf die Mühlen der Konsumgenossenschaftlichen Weiterentwicklung zu lenken. Von allenthalben her wird gemeldet, daß man, die Situation nehmend, zu verstärkten Werbeaktionen übergehen will und im übrigen die genossenschaftliche Selbsthilfe auch dort ihre letzte Anwendung finden soll, wo bisher noch beträchtliche Summen zur Beschaffung vergebener Aufträge an andere verausgabt wurden. Darüber hinaus wollen und werden die Konsumvereine ziel- und zweckbewußt ihre Leistungsfähigkeit erhöhen, ihre Betriebswirtschaftlichkeit heben, die Eigenproduktion ihrer Zentralen erweitern und die Möglichkeiten der Ausdehnung auf neue Verbrauchsgebiete in härtester Weise erwägen. Der Anschlag auf die Konsumgenossenschaften soll unter Ausnutzung des gewaltigen Anstoßes von außen zum Vorteil und Erfolge der Konsumgenossenschaftsbewegung umgewandelt werden. Es scheint, daß solches die Folge der Straffsteuer sein wird!

Aus aller Welt

Satzbefehl gegen die Brüder Sah
Berlin, 3. Mai. Der Kernrechnungsrichter beim Polizeipräsidenten hat gegen Franz Sah wegen erdormten Einbruchs im strafverhüllenden Rückfall und gegen Georg Sah wegen erdormten Einbruchs Satzbefehl erlassen. Die Brüder werden heute dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt werden.

Sieben Kaufgasthieber verhaftet
Die Berliner Polizei hat die letzten Tage sieben Kaufgasthieber verhaftet. Es handelt sich um den Buchhalter Walther Benz, einen Martin Simon, einen russischen Emigranten, Baron Bahl von A., einen gewissen Rudenke in, der seit 1920 in Deutschland lebt, obwohl er bereits dreimal ausgewiesen wurde, und der als internationaler Hoteldieb bekannt ist, einen ebenfalls ausgewiesenen Polen namens Kilit, einen bekannten Wohnungseinträger und einen türkischen Arzt, der auch mit Lewitschen handelt.

Raubüberfall in der Eisenbahn
Unmittelbar nach der Ausfahrt aus dem Kölner Hauptbahnhof ist auf dem im Personenzug Köln-Trier fahrenden Buchhalter der Maßfabrik in Kalscheuren bei Köln, der 18 000 M. Lohngehalt bei sich trug, von zwei maskierten Verbrechern ein Raubüberfall ausgeübt worden. Die Räuber drangen mit vorachattendem Revolver ins Abteil, überwältigten, festsetzten und tadelten ihr Opfer, das sie dann noch am Kleiderbalken der angrenzenden Toilette festbanden. Kurz vor dem Bahnhof Köln-West sprangen die Verbrecher mit ihrer Beute aus dem Zuge und entkamen unerkannt.

Opfer des Wirbelschmerzes in Japan
Tokio, 3. Mai. Neben 200 Personen sollen in einem Taifun von dem gelben der südliche Teil der Insel Sachalin und die Insel Hokkaido heimgesucht wurden, getötet worden sein. 84 Weibchen wurden bereits geboren, 100 Personen werden noch vermisst.

Sozialversicherung marschiert

Trotz Gegenangriff der deutschen Arbeitgeber Siegeszug durch die Welt

In dem Augenblick, in dem in Deutschland die Arbeitgeber einen Generalangriff auf die Sozialversicherung unternommen haben, erfährt der Gedanke der Zwangsversicherung im Ausland auf dem Weg der Gleichgebung neue Förderung und Ausbreitung. Einen bedeutenden Schritt vorwärts hat Frankreich gemacht. Hier ist nach heftigen Kämpfen das seit 10 Jahren umstrittene Sozialversicherungsgesetz jetzt endlich verabschiedet worden.

Das französische Sozialversicherungsgesetz bringt für etwa 8 1/2 Millionen französische Arbeiter den so notwendigen und von der Arbeitgeberbewegung geforderten Versicherungsumfang. Es umfaßt die Kranken-, Invaliden-, Alters- und Sterbegeldversicherung. Somit hat es den Vorteil einer einheitlichen Verwaltung der verschiedenen Versicherungsarten. Die ursprünglich nach deutschem Muster vorgelebene Selbstverwaltung scheint allerdings nach den letzten Beschlüssen der Kammer wesentlich beschnitten worden zu sein. Im Entwurf sollten die Kassen privater Natur sein — wenn auch unter der Kontrolle des Staates; nach Annahme bedeutender Abänderungsanträge hat jedoch nunmehr das staatliche Zentralversicherungsamt die ausschließliche Leitung und Kontrolle der Sozialversicherungen. Wer in den letzten Jahren den in Frankreich tobenden Kampf um die Kassenform, insbesondere die Bemühungen der Arbeitgeber um die Schaffung von Arbeiter- und Betriebskassen verfolgt hat, wird die neue Wendung in der Form der Sozialversicherungsträger sogar begrüßen können. Die Macht der Gewerkschaften, die in Frankreich in ganz besonders hohem Maße unter der Spaltungsarbeit Moskaus leiden, schien tatsächlich nicht auszureichen, der geplanten „Kasse der Arbeit“ die Bedeutung zu verschaffen, die wir ihr wünschten. Es ist daher besser, ein staatliches Zentralversicherungsamt zu haben, als eine Kassenform, bei der die Mitbestimmung der Arbeiter infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Arbeitgeber illusorisch geworden wäre. Alles in allem — auf die Gehaltung der französischen Sozialversicherungsgesetze kommen wir im einzelnen noch zurück — darf man sagen, daß die französische Sozialpolitik nunmehr immerhin ein Stück weiter gekommen ist. Das den Koffeln der Schützenröhren gesandene Verbot ist meistens bis zu einem gewissen Grade eingeleist worden.

In den Niederlanden ist erst vor kurzem, am 1. März, über ein neues Gesetz über die Zwangskrankenversicherung in Kraft getreten, das für alle Lohnarbeiter mit einem jährlichen Einkommen von weniger als 3000 Gulden die Versicherungspflicht vorschreibt. Das Gesetz schreibt im Krankheitsfalle Barleistungen in Höhe von 80 Prozent des Verdienstes vor. Diese Barleistung wird jedoch davon abhängig gemacht, daß der Arbeitnehmer sich freiwillig in einer Sachleistungsversicherung oder nachweist, daß er sich aus eigenen Mitteln ärztliche Hilfe verschaffen kann. Die Mittel werden je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht. Das Gesetz kennt zwei Kassenformen: Berufsrentenkassen und Bezirksrentenkassen. Sämtliche Kassen stehen unter der Kontrolle eines staatlichen Sonderausschusses. In Ungarn steht die Krankenversicherung zur Zeit vor dem Kamin. Die Regierung, die die Kassen unter ihre Fuchtel nahm, hat die Verwaltungskosten mit Kreaturen besetzt. Die Folge war, daß Millionen vergebend wurden. Jetzt will man durch Abbau der Leistungen sanieren. Ähnlich wie in Ungarn wird noch in manch ande-

rem Lande unter dem Druck reaktionärer Einflüsse der Sozialversicherung geübelt; immerhin besteht zur Zeit nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes in 23 verschiedenen Ländern eine Krankenversicherung, nämlich in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Bulgarien, Chile, Estland, Griechenland, Island, Italien, Japan, Lettland, Niederlande, Polen, Rumänien, Rukland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Litauen, Ungarn, Rumänien, Portugal, Spanien, Jugoslawien, Serbien und Liechtenstein. Ein großer Teil der Sozialversicherungsgesetze wurde erst nach dem Krieg geschaffen, auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt.

Auf dem Gebiet der Unfallversicherung besteht eine Satzpflicht in etwa 40 Ländern. Unter den wichtigsten Industrieländern haben vor allem die Staaten in der nordamerikanischen Union noch keine gesetzliche Pflicht des Arbeitnehmers für Betriebsunfälle. Eine Unfallschutzgesetzgebung durch Zwangsversicherung besteht in 22 Ländern.

Eine obligatorische Invalidenversicherung ist in der Regel auch eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung, besteht in Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien (nur Invalidenversicherung), Bulgarien, Chile, Griechenland, Irland (nur Invalidenversicherung), Italien, Luxemburg, Niederlande, Polen, Portugal, Rumänien, Rußland, Schweden (nur Invalidenversicherung), Schweiz (nur Invalidenversicherung), Jugoslawien, Serbien und Liechtenstein. Ein großer Teil der Sozialversicherungsgesetze wurde erst nach dem Krieg geschaffen. In der Entwicklung der Sozialversicherung hat

das Internationale Arbeitsamt starken Anteil. Ihm ist es zu verdanken, daß bereits die nationale Arbeitskonferenz (Genf 1921) ein internationales Übereinkommen über die Entschädigung der Unfallverletzten angenommen hat. Die 7. Konferenz nahm ein Übereinkommen über die Entschädigung von Betriebsunfällen, eines die Entschädigung von Berufsunfällen und ein internationales Übereinkommen über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung von Betriebsunfällen. Die 10. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz nahm ein Übereinkommen betreffend die Krankenversicherung der Arbeitnehmer im Gewerbe und Handel sowie der Hausangestellten und weiteres zur Regelung der Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer an. Diese Übereinkommen sind zum Teil ratifiziert oder ihre Ratifizierung ist in Vorbereitung, so daß in naher Zukunft eine weitere internationale Verbreitung der Sozialversicherung gerechnet werden kann. Die Schaffung eines internationalen Übereinkommens über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung dürfte sehr bald die Arbeitskonferenzen beschäftigen.

Der Sozialversicherungsgedanke dringt neuerdings auch in den Vereinigten Staaten immer kräftiger vorwärts. Nichts wird seinen Siegeszug über die ganze Welt weiterführen können.

Geldgeber der Nationalsozialisten

Zu unserm diesbezüglichen Artikel in der Samstagnummer sind uns von verschiedenen darin genannten Seiten Verichtigungen zugegangen, worin bestritten wird, den Nationalsozialisten Geldbeträge gegeben zu haben, und zwar von

- Direktor Günthel, Firma Sinzer-Grünwinkel; Heinz Baumelster, Kasseum, Waldstraße; Dietzsch jun., zur Butterblume, Amalienstraße; Karl Kren, Grünwinkel, Zepelinstraße; Dietrich Kuh, Ettlingen.

Nach Rücksprache mit unserm Gewährsmann werden wir darauf zurückkommen. Bezüglich des Herrn Direktor Jäger ist richtigzustellen, daß Jäger nicht Direktor der Sparkasse, sondern der Stadtkasse ist.

Freipruch im Falke-Prozess

Samburg, 3. Mai. Heute nachmittag wurde in dem seit 9. April vor dem Samburger Schwurgericht verhandelten Falke-Prozess das Urteil gesprochen. Kurz nach 1 Uhr betrat der Gerichtshof den bis auf den letzten Platz besetzten und mit begeisterten Spannung erfüllten Schwurgerichtssaal. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Steinke, verkündete folgendes Urteil: Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

In der Begründung des Urteils wird u. a. ausgeführt: Das Gericht ist zu einem Freipruch gekommen, aber die Angeklagten dürfen sich nicht etwa einbilden, daß sie nun mit weicher Weste und hoch erhobenen Haupten aus dem Saale gehen können. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß der Erwerbssinn der Angeklagten so stark ausgeprägt ist, daß sie auch vor arbeitslosen Verhältnissen nicht zurückschrecken. Festgestellt ist weiter, daß sich die Angeklagten zu einem hochverräterischen Unternehmen gegen das uns befreundete Venezuela zusammengesetzt hatten. Aber da kein diesbezüglicher Strafantrag vorliegt, kann deswegen auch keine Strafverfolgung eintreten.

Erleichterung der Kreditversorgung

Der Gesetzentwurf über die Ermächtigung zu steuerlichen Maßnahmen zwecks Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft, der dem Reichstag zugegangen ist, hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichstags und eines Ausschusses des Reichstags zur Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft auf den Gebieten des Steuerabzugs vom Kapitalertrag, der Kapitalverlehrssteuer, der Grunderwerbsteuer, der Vermögenswertsteuer und der Besteuerung inländischer Aktiengesellschaften, deren Zweck in der Verwaltung, dem Erwerb und der Veräußerung von Aktien, Kuxen, Anteilen oder Genusscheinen anderer Erwerbsgesellschaften oder von Schuldverschreibungen in geringen Beträgen besteht (Kapitalverwaltungsgesellschaften), steuerliche Erleichterungen zu treffen.“

Verschlechterung der österreichischen Arbeitslosenversicherung

Die Regierung Schöber hat den Wirtschaftsförderern eine Vorlage auf Verringerung der Arbeitslosenversicherung unterbreitet, die im Vergleich zu den bestehenden Bedingungen wesentliche Verschlechterungen enthält. So sieht die Vorlage u. a. eine Verringerung der Versicherungsleistungen an die Arbeitslosen um 4 Prozent vor. Auch die bisher bestehenden Verpflichtungen der Versicherung für die Saisonarbeiter sollen wesentlich verschlechtert werden.

Agrarkrise in Argentinien

Von unserm Korrespondenten in Buenos Aires

Das selbst in einem ausgeprägten Agrarland wie Argentinien die Agrarkrise an der Tagesordnung ist, zeigt folgender Bericht aus Buenos Aires: Wenn in Argentinien der als ein Nationalstolz betrachtete Karneval mit Kienelendelien abschließt, die hauptsächlich die nördlichen mitternächtigen Gebiete zieht, Enttäuschung aus Schulfenken auf und die Rede von einer arbeitslosen Bevölkerung der kaffeeplantagen Karnevalsfestlichkeiten ist, dann ist die Lage im Lande faul. Die Bundesregierung unter dem einflussreichen, rüchseligen Präsidenten Hipólito Yrigoyen weiß davon, daß sie die Karnevalsfestlichkeiten nicht mehr durchführen kann. Neben den reichlich bemessenen politischen Schmiergeldern, in denen sich innerpolitische Fragen mit dem unruhigen Verhältnis Argentinien zu der Wehrmacht der amerikanischen Republik würdig die Waage halten, ist die Wirtschaftslage des Landes heute schlechter denn je. Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang stehen im Vordergrund der täglichen Erörterungen und überall macht sich eine Stimmung breit, die als ausgesprochen krisenhaft zu bezeichnen ist. Die Landwirtschaftler über ungewöhnliche Trockenheit die Zuderrohrplanter über die kaffeeplantagen Komitee mit ihrer Beilegerlichkeit, die Geschäftsleute über mangelnde Absatzmöglichkeiten der heimischen Industrien über den fehlenden Zollschutz für die desertezeugnisse. Sind die Klagen über die Unklarheit der Verhältnisse monoton geworden, dann reißt sich einer an anderen, was man in Veranlassung zu einem Rattenstern aus dem Fenster zu werfen will. Anklagen und Gegenanklagen gibt. Kurum, ein typischer Arbeiterzustand, der auch in der Landespresse seinen deutlichen Niederschlag findet. Kurz in einem sind sich alle einig, nämlich daß es nicht, sich der Hilfe der Bundesregierung für jede einzelne Arbeitergruppe zu versichern. Sinnvollst ist alles auf die Behauptung der Wirtschaftskräfte mit allen erdenklichen Mitteln vom Staat zu unterstützen bis zur Millionenrubentation ein Ende zu reiten sollen.

Ein besonders düsteres Bild bieten die Bundesprovinzen Tucumán und Corrientes und des Vermarktungsgebietes Millionen wirtschaftliches Leben durch die Kriege im Zuderrohr und Tee-Anbau zum fast völligen Zusammenbruch heruntergelassen. Üblich hat sich die Krise auch in Arbeitslosigkeit und Lohnrückgang ausgedehnt, die in der Provinz Tucumán dem führenden Zuderrohr-Produktionszentrum — bereits zu dem allgemeinen Beschluß der Zuderrohrarbeiter auf Arbeitslosigkeit geführt haben.

In Corrientes und Misiones liegen die Dinge umgekehrt. Für die Arbeiterklasse womöglich noch schlimmer. Die herrschende Wirtschaftskrise und Lohnwirte, deren Hauptprodukt der Tee ist, Verba-Lee, ein einheimischer Pflanzente, ist, haben gemeinlich die Einkämpfung jeder wirtschaftlichen Tätigkeit für ungedrengte Zeitdauer beschlossen, falls die Regierung sich einreißt und den Verba produzierenden Gebieten wirksamen Schutz gegen die uneingeschränkte Verba-Einfuhr aus Brasilien und Paraguay gewährt.

Was aus alledem am deutlichsten sichtbar wird, ist die Hilflosigkeit der Unternehmer, die sich vor der enormen Produktion nicht mehr zu helfen wissen und nach berühmten Mustern nach recht hohen schusselnerischen Barrieren in den Gebieten der ausländischen Produkte schreiben. Der politische Rückgang infolge dessen nicht ausgeblieben und hat bei den wirtschaftlichen politischen Ergänzungswahlen im März ein Ergebnis gebracht, das von den Sozialisten Argentinien als ein schweres Verhängnis gemeldet werden kann. In allen Städten und in den Zentren des Landes waren große Erfolge der Sozialisten zu verzeichnen.

Freistaat Baden

Dem Landtag. Als Nachfolgerin der verstorbenen Frau Gen. Frau Therese Kluge-Mannheim tritt Frau Gen. Wehner an. Landtag. Gen. Wehner gehörte bereits früher dem Landtag an.

Badischer Parteitag

Parteienoffiziere und Genossen! Der Landesvorstand beruft hiermit den 1930 fälligen ordentlichen Landes-Parteitag

entsprechend § 10 des Landesorganisationsstatuts auf Samstag, den 17. Mai und Sonntag, den 18. Mai nach Offenburg in den Saalbau „Drei König“, Klosterstr. 9, ein. Beginn der Tagung am Samstag, den 17. Mai, 15 Uhr

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. Referent Gen. Gg. Reinhold und Gen. W. Düsedau, Mannheim.
2. Wahl des Landesvorstandes und Parteiausschusses.
3. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl.
4. Die Gemeindevahlen. Referent Gen. Stadtrat Zimmermann, Mannheim.
5. Bericht der Landtagsaktion. Referent Gen. Staatsrat Maier, Heidelberg.
6. Die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands nach dem Youngplan. Referent Gen. Reichstagsabgeordneter Dr. F. Reichel, Berlin.

Die Ortsvereine werden hiermit aufgefordert, zur Tagesordnung Stellung zu nehmen und Delegierte zur Besichtigung des Parteitages zu wählen.

Anträge an den Landesparteitag müssen bis spätestens 2. Mai beim Landesvorstand eingegangen sein. Später eingehende Anträge können in die Druckvorlage an den Parteitag nicht mehr aufgenommen werden.

Die Wahl von Delegierten hat durch die Ortsvereine zu erfolgen und zwar wählen Vereine bis 100 Mitglieder 1 Delegierten bis 250 Mitglieder 2 Delegierte bis 500 Mitglieder 3 Delegierte und für je weitere 500 Mitglieder einen Delegierten. Reize, die mehr als die Hälfte betragen, werden für voll gerechnet. Die Zahl der Mitglieder wird ermittelt auf Grund einer Beitragsleistung von 11 Wochen pro Mitglied und Quartal.

Mit Parteigruß
Der Landesvorstand
J. A.: Gg. Reinhold.

Quartier-Bestellung.

Diejenigen Parteitagsteilnehmer, die Nachtquartier gewünscht haben, müssen die Vorbestellung mit Angabe des Tages, für den die Übernachtung gewünscht wird, an die Quartierkommission in Offenburg richten.

Adresse: Stadtrat J. Westner, Offenburg, Hildstr. 52.

Die Vorbestellungen sollten bis spätestens 12. Mai erfolgt sein. Frühere Bestellung sehr erwünscht.

Die Parteitagskommission.

Geschäftsbericht zum Landesparteitag

Der Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens unterbreitet dem Parteitag in Offenburg zusammenfassenden Parteitag einen gedruckten Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:

Es ist in den zwei Jahren, über die sich der Bericht erstreckt, gelungen, der Partei 3202 neue Mitglieder zuzuführen. Von besonderem Interesse dürfte die statistische Aufstellung über die Mitgliederbewegung der beiden letzten Jahre sein. Die starke Fluktuation der Mitglieder einzudämmen, Neubisutretende zu treuen Anhängern der Partei zu erziehen, das ist mit die wichtigste Aufgabe, deren Lösung durch jeden Ortsverein schon im Interesse einer schnelleren und stärkeren Aufwärtsentwicklung der Partei notwendig ist. Die seit einigen Jahren zu beobachtende ständige Steigerung der Mitgliederzahlen dürfte dadurch eine intensivere werden. In der Berichtszeit konnten 16 neue Ortsvereine der Partei gegründet werden, denen allerdings sieben Abgänge (zwei durch Eingemeindung, fünf durch Auflösung) gegenüberstehen. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt bei Abschluss des Geschäftsjahres 24 570 Mitglieder.

Am Mittelpunkt der gesamten Parteiarbeit standen in den abgelaufenen Berichtsjahren die Parlamentswahlen. Der Bericht stellt zusammenfassend fest, wie gerade das Anwachsen der Nationalsozialisten und das Hervortreten reaktionärer Momente am stärksten in Erscheinung treten. Auch Volksbegehren und Volksentscheid gegen den Youngplan, bei denen sich die Reaktion in Baden eine empfindliche Niederlage holte, seien mit angedeutet, um zu zeigen, wie die Partei in allen politischen Kämpfen ihren Mann stand. Die Vorbereitung der Gemeindevahlen 1930 wird die nächste Arbeit sein.

Eine Reihe von Arbeitsabteilungen, die in engem Zusammenhang miteinander stehen, gehen auch ineinander über. Propaganda, Bildung und zwar allgemeiner Art, als auch auf den Sonderabteilungen der Kommunalpolitik, der Arbeiterwohlfahrt nehmen einen großen Raum des Berichtes ein. Aus den verschiedensten Anlässen kamen fast drei Millionen Flugblätter und mehr als 15 000 Broschüren zur Verteilung, mit der „Roten Revue“, mit Filmvorträgen wurde eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet, bei der im Zusammenwirken von Partei, Arbeiterjugend und anderen Arbeiterorganisationen ein großes Stück sozialistischer Kulturarbeit geleistet wurde. 30 Aufführungen der „Roten Revue“ zählten 7463 Besucher, während in 200 Filmveranstaltungen (bei denen hauptsächlich unsere parteieigenen Filme gezeigt wurden) 31 089 Besucher erfasst wurden. Dazu kommen eine Reihe von Bildungstagen, die besonders der Ausbildung der kommunalpolitisch tätigen Genossen sowie den in der wohlfahrtsorganisatorischen Praxis stehenden Helfern und Helferinnen der Arbeiterwohlfahrt gewidmet waren.

Wenn man sieht, in welcher Weise der vor zwei Jahren berufene „Kommunalpolitische Ausschuss“ tätig ist, um die Arbeit in den Gemeinden nach großen Richtlinien zu leiten, die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler vom Bürgermeister bis zum Bürgerausschussmitglied der kleinsten Landgemeinde zusammenzufassen, ihnen in allen Fragen ratend und helfend zur Seite zu stehen, zu schulen und durch die Herausgabe der „Kommune“ den Gebankenaustausch zu ermöglichen und allgemein anzuregen, dann wird einem klar, welche wichtigen Aufgaben in aller Stille hier erledigt werden.

Von erheblicher Arbeit weiß auch der Landeswerbeausschuss der sozialdemokratischen Beamten zu berichten, noch mehr aber läßt der Bericht der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer erkennen, wie man um eine starke Durchdringung aller schulpolitischen Kreise mit der Kulturidee des Sozialismus bemüht ist.

Nicht vergessen seien die Frauenorganisationen der Partei, in der nächste Arbeit geleistet wird, die politisch nur schwer zu interessierende Frau zu gewinnen, die sozialistische Arbeiterjugend, deren Bericht ebenfalls manden erheblichen Fortschritt zu melden weiß. Die schließlichen mit überreichem Arbeitsgebiet die Kinderfreunde an, und schließlich noch die Arbeiterwohlfahrt, deren umfangreicher Arbeitsbericht ein erschöpfendes Zeugnis davon gibt, wie mehr und

mehr die Arbeiterkraft in die öffentliche Wohlfahrtspflege und Jugendfürsorge einbringt. Der letzte Abschnitt des Geschäftsberichts mit der Parteipresse. Haben die „Volkswochen“ in Freiburg und die „Freie Presse“ in Forstheim auch unter der drückenden Wirtschaftslage zu leiden, so wissen die anderen Presseunternehmungen der Partei um so günstigere Jahresabwicklungen zu melden. Fast ausnahmslos konnten die Abonnentenziffern erhöht und die technischen Einrichtungen vervollkommen werden, so daß sie a. B. als modernste Druckereibetriebe anzusprechen sind. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß die Parteigenossen alles aufzubieten haben, der sozialistischen Presse einen immer breiteren Boden zu schaffen, so kann wiederum doch gesagt werden, daß die badische sozialdemokratische Arbeiterkraft mit Stolz auf ihre Zeitungsunternehmungen blicken kann.

Es kann nicht alles befrichtigen, was in dem Geschäftsbericht der Partei zusammengefaßt ist. Das darf es auch nicht. Im Gegenteil, der Aufbau zur Weiterarbeit soll aus dem hier Zusammengetragenen geschöpft werden. Aber wenn die Delegierten in Offenburg die Bilanz aus den abgelaufenen Geschäftsjahren ziehen, mag es die Überzeugung sein, daß die sozialistische Sache in unaufhaltsamem Wachstum durch nichts abindert werden kann, daß es aber darauf ankommt, das Tempo der Entwicklung zu beschleunigen. Es bedarf der Mühe aller, wenn der Sieg unier werden soll. cf.

Partei-Nachrichten

Die Feuerbestattung der Genossin Uba. Frau Therese Blase in Mannheim erfolgt heute (Montag) nachmittags 4.30 Uhr, im Krematorium Mannheim.

Freitag. Heute (Montag) abend halb 9 Uhr findet im Gasthaus zum Prinzen Max und Gasthaus zum Adler, in Mannheim, ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. Am pünktlichen und vollständigen Erscheinen aller Parteimitglieder wird gebeten.

Freitag. Der hiesigen Arbeiterkraft zur Kenntnis, daß der Volksfreund hier in folgenden Wirtschaften aufsteht: Gasthaus „Zum Prinzen Max“ und Gasthaus „Zum Adler“. Wir wollen noch darauf hinweisen, daß Herr Traut „Zum Adler“ einen sehr schönen und neuzeitlich hergerichteten Saal hat, den wir den Partei- und Sportgenossen, sowie allen Arbeiterorganisationen bei ihren Ausflügen bestens empfehlen.

Soziale Rundschau

Vorsicht bei Arbeitsannahme nach Niederländisch-Ost- und Westindien

Die Allgemeine Handelsmaatschappij voor industriële Producten in Rotterdam wirbt deutsche Arbeitskräfte für Niederländisch-Ost- und Westindien. Nach den Feststellungen handelt es sich sowohl bei der Allgemeinen Handelsmaatschappij voor industriële Producten in Rotterdam, als auch bei der International Commercial Publishing Comp. in Rotterdam um den gleichen Firmeninhaber und um Schwindelunternehmen, von denen der Rotterdammer Polizeipräsident öffentlich und durch Radorus gewarnt hat.

Badische Wohlfahrtsmaßnahmen

In die geordnete Wohlfahrtspflege im Lande Baden teilen sich vor allem Staat, Gemeinde und freie Wohlfahrtsorganisationen. Sie beginnt mit der Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge und setzt sich fort über eine besondere körperliche und geistige Jugendpflege, eine zweckdienliche Fürsorge für die Hilfsbedürftigen aller Lebensalter, um Leben und Fortkommen so schwer ringenden Volkes bis zu den unelbständigen Fürsorgemaßnahmen für Arme und Schwache in Alters-, Krüppel- und Verlorbenenheimen.

Ein vom Badischen Statistischen Landesamt herausgegebenes Werk: „Kranken- und Wohlfahrtsanstalten in Baden“ läßt einen Bild werfen in die umfangreichen Einrichtungen und Veranstellungen zur Unterbreitung der bestehenden Not. Diese Darstellung könnte den Glauben erwecken, als wäre bei uns alles auf dem Gebiet der Nächstenliebe und Hilfe reiflich geklärt und geregelt und nach jedem Unterhaltungsbedürfnis alle Not und Sorge genommen. Dies kann aber keineswegs der Fall sein, denn die Zahl derjenigen, welche der Unterstützung ihrer Mitmenschen bedürftig sind, ist so groß, daß es unmöglich erscheint, jedem einzelnen mit Beifrieden in verdienter Höhe gerecht zu werden. Wir alle, die wir Erben sind der Folgen eines unglücklichen Krieges, wir leben heute mehr oder weniger in Not und Bedrängnis. Immerhin können sich aber diejenigen noch allfällig helfen, welche sich des Wohlgefühls ihrer körperlichen und geistigen Kräfte erfreuen; schlimm dagegen sind diejenigen daran, welche durch den Verlust eines Sinnes oder der geraden Glieder in ihrem Lebensgefühl bedrückt oder im Kampf ums Dasein in empfindlicher Weise behindert erscheinen, das sind die Taubstummen und die Blinden, sowie die Krüppel. Durch eine selbstbetonte Jugendberufshilfe werden sie wohl in gewissem Umfang arbeitsfähig gemacht, sie bleiben jedoch gegenüber denen, die sich ihrer vollen Lebenskraft rühmen können, lebenslang erwerbsbeschränkt.

Aus diesem Bewußtsein heraus und im Sinne der allgemeinen sozialen Einstellung unserer Zeit zu gegenständlichen Zusammenhängen haben sie sich darum auch zu Selbsthilfsorganisationen vereinigt, und als „Bad. Blindenverein“, „Verein für Bad. Taubstumme“ und „Bad. Krüppelhilfsverein“ leiteten sie bisher Bemühen um Verbesserung ihrer Lage durch gegenseitige Förderung und Unterstützung in der Berufsarbeit um Zwecke der Erhöhung des Arbeitsverdienstes, sondern auch in der Befähigung des Selbstvertrauens und geistlichen Gleichgewichtes unter den vereinigten Lebens- und Schicksalsgenossen. Die Voraussetzung ist aber körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, Arbeit und Arbeitsmöglichkeit.

leit. Im die zu erhalten sind außerordentliche Mittel und zwar für die Pflege der Gesundheit, zur Förderung der Bedürfnisse und zu außerordentlicher Unterstützung bei besonderen Schicksalsschlägen. Zur Behebung der eingetretenen, außerordentlichen Not erscheinen die genannten Vereine besonders geeignet, da in ihrem engeren Kreise die persönlichen und die äußeren Verhältnisse der Hilfsbedürftigen des näheren bekannt sind, und wurde bisher in diesem Sinne aus eigenen Mitteln gearbeitet. Es sind aber die in den früheren Jahren gesammelten Geldmittel, die Vereine müssen sich immer wieder an diejenigen um Unterstützung wenden, die in der Lage sind, da zu helfen, wo Hilfe und angedacht erscheint.

In den letzten Jahren haben die 3 genannten Landesvereine jeweils einzeln für sich eine Landesversammlung veranstaltet, dankbar konnte in jedem Falle ein erfolgreiches Ergebnis erzielt werden und Tröster der Bedürftigen festgestellt werden. Ihre Aufgabe ist eine persönliche und kann nicht nach der Art des allgemeinen Leidens abgemessen werden. Darum haben sich die 3 genannten Vereine zur Erleichterung der Sammelarbeiten aller derer, die eine Sache verdienten Personen und Stellen zu einer Arbeitsgemeinschaft der Bad. Geschichtsvereine zusammengeschlossen und mit Zustimmung des zuständigen Ministeriums auf Sonntag, den 11. Mai d. J. eine Landesversammlung und während der Woche unmittelbar vor oder nach diesem Tage eine Sammelversammlung in Haus zu Haus über tagungsgemäßen Aufgaben-Ausführung annehmen. Möge an diesen Tagen die freundliche Ladung ausgeben, die bescheiden, aber doch leicht vernehmbare Ohr und Auge spricht, bis zum Grund des Herzens dringen, daß sich die Hände gern öffnen zu einer großen oder kleinen Gabe, so wie die Stimme des Mitleids für die Bedürftigen spricht und die Borge es erlaubt!

Gemeindepolitik

Gemeinderatsitzung

Das Versteigerungsprotokoll über Führen von Schottersteinen wurde genehmigt. — Betreffs Belegung der Feldbüttelstelle ein Schreiben eines Schwerkrankenbeschäftigten betamtauchen beschlossen, diesen Punkt von der Tagesordnung abzulenken, als 1. Punkt in der nächsten Sitzung behandelt werden. — Beschwerde des Steinbauersmeister David Kern wurde angenommen und dem Antrag abgelehnt, da Kern ein Anstellter und demnach auch den Anstellwert bezahlen muß, auch wenn kein Wasser besteht. — Steuerbefreiung der Firma Osterwald wurde Kenntnis genommen und soll in der nächsten Sitzung weiterverhandelt werden. — Ein Schreiben vom Bezirksamt wurde angenommen und die Entschädigung für den Feldbüttelbauernverein, einen Kurs in Karlsruhe mitmachen soll, wurde festgelegt. — Schrankenwärterposten bei Station 39a soll aufgehoben und als Fußgängerfährte benutzt werden. — Wegen Beschaffung von Motorpumpen wurde ein Schreiben von der Gebührentreuerin anfangs bekanntgegeben. Die Gemeinde kann zurzeit eine solche anschaffen, da kein Geld vorhanden ist. — Die Bekanntgabe von denner Anträge des Bad. Gemeindevorstandes an den Landtag wurde genehmigt.

Der Freiburger Voranschlag 1930/31 angenommen

Am Samstag vormittag nahm der 24-jährige Verbandstag der Freiburger Bürgerauschuss den Voranschlag gegen die Stimmen der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunisten an. Die Erhöhung der Straßensahnpfahrgeld für Monatsbefehle und Arbeitsbefehle abgelehnt. Der dadurch entstehende Ausfall von 13 000 M. wurde durch abgedeckt, daß das badische Innenministerium sich bereit hat, den Betrag von den von Freiburg zu erstattenden Polizeibehörden nachzulassen. Der Austritt der Stadt aus dem Lebensversicherungsverein, der antwortgemäß gefordert wurde, und dem der Stadt mit einer Stimme Majorität ausgetreten hätte, wurde von der Ausschuss abgelehnt. Schließlich wurden noch die Voranschläge des Zuschuss für das Musikseminar und die Abänderung der Verlozung ohne Debatte angenommen.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauschussaktion

Montag, 5. Mai, abends 8 Uhr, im Stadtratungssaal, 1. Stock, 1. Stock, 1. Stock.

Bezirk Mittelfeld

Am Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im „König von Büttemberg“ eine Bezirksversammlung der Genossenschaft Stadtk. Koch spricht über das aktuelle Thema „Kommune am Markt des deutschen Volkes.“ Hierzu sind die Mitglieder, Volksfreunde, sowie sonstige Interessenten herzlich eingeladen.

Bezirk Mittel- und Südbad

Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal „Zur Ede“ und Gartenstraße, Bezirksversammlung mit Vortrag Genossen Trins.

Bezirk Mühlburg

Am Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 Uhr, öffentliche Bezirksversammlung, in welcher Genosse Diebold (Lebensbedürfnisverein) sprechen wird über „Das neue Gesetz und Folge mit seiner Wirkung auf die Konsumenten.“ Die Versammlung findet im „Hirsch“ statt.

Bezirk Westfeld

Am Mittwoch, 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im „Lübener Hof“ (Ede Goethe- und Hofstraße) eine öffentliche Bezirksversammlung statt, in welcher Gen. F. Rappert sprechen wird über „Kirche und Klassenkampf in Baden.“

Bezirk 23/24 Gartenstadt und Klippur

Am Donnerstag abend 20 Uhr findet im „Fährer Löwen“ unsere Monatsversammlung statt. Hierzu sind alle Mitglieder herzlich eingeladen, außerdem ist die Teilnahme von Nichtmitgliedern und Volksfreunden sehr erwünscht. Die Versammlung beginnt um 19.30 Uhr im Lokal „Fährer Löwen“.

Frauenaktion!

Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, findet für den Bezirk 23/24 im Lokal „Zur Brunnenhube“ eine öffentliche Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Dr. Götze statt. Genossinnen und Volksfreundinnen sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen.

Diese schöne Wage können Sie als Werbegabe für unsere GUTSCHEIN-ABSCHNITTE erhalten.

Nur 80 Gutschein-Schachtelchen brauchen Sie einzulösen, die Sie bei regelmäßigem Verbrauch aller vier Sunlicht-Produkte schnell beisammen haben.

Weltere schöne Artikel im Sunlicht-Katalog.

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

1. Mai 1789 Beginn der französischen Revolution. — 1818 *Karl Marx. — 1821 *Napoleon I. auf St. Helena. — 1871 *Rosa Luxemburg. — 1896 *Friedrich Schlegel. — 1920 *Deutsch-italienischer Friedensvertrag. — 1920 *Kamallu und Streif in Italien. — 1926 *Kriegsverordnung, Konflikt.

Sängerfest der Lokomotivführer

Der deutsche Gesangswettbewerb deutscher Lokomotivführer und deren Anwärter — Huldigung dem deutschen Lied. Von Nord und Süd und Ost und West trafen am 3., 4. und 5. Mai die deutschen Lokomotivführer und ihre Anwärter — es waren über 2000 — in Karlsruhe, um sich in einem friedlichen Gesangswettbewerb einzulassen. Draußen auf dem Festplatz vor der Festhalle, wo sich die Befehrer am „Hilfslokomotiv“ trafen, hörte man die verschiedenartigsten Dialekte. Von Frankfurt a. O. von Sagen, Waldorf, Berlin, Bremen, Dresden, Rottbus, Hirschberg, aus allen Reichsteilen waren die Männer, die das Dampflok meistern, gekommen. Sie sammelten sich am Samstag in Reiben und marschierten vor das Schloss zu einer

Rundschau fürs deutsche Lied

Die Minister, der Oberbürgermeister und Beamte von der Festhalle sie begrüßten. Es wurden Reden auf das deutsche Lied gehalten und auf den Wert der gemeinsamen Huldigung der edlen Sängerinnen und Sänger. Die Harmonikkapelle unter Leitung ihres Dirigenten H. Rudolph eröffnete den Festakt mit einem Festmarsch von Carl Ritter. Dann folgte ein Mozart-Quartett. Nach der Ansprache des Innenministers Dr. Winterhagen wurde der Gaunersänger „Gebet für das Vaterland“ von dem noch taunenden sächsischen Sängern angenommen. Oberbürgermeister Dr. Winterhagen bewillkommnete die Sänger im Namen der Stadt. Ein Wagnerisches Overtüre besaß die einflussreiche Preis.

Beurteilung

An den sich die Fachjuristen angeschlossen. Für den Beurteilungsausschuss war ein abwechslungsreiches unterhaltendes Programm zusammengestellt. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Herr Langenbörger, entbot der Festversammlung eine herzliche Begrüßung. Das Orchester spielte Stücke von Wagner, Weber, Wagner, Knecht, dazwischen sang die Gesangsgruppe des „G.D.V.“ Chöre teils mit Orgelbegleitung, teils ohne Orchester. Sämtliche Darbietungen wurden aufmerksam und mit Beifall aufgenommen. Für die Fachjuristen hat Staatsanwalt Ulrich von der Trend einen Preisbescheid verfaßt. Er hat darin das Lied von der Lokomotive in tiefem, feinsinnigen und farbenreichen Bildern, die nichts mit den sonstigen Lokomotivepreiswettbewerb gemein haben. Frau Staatsanwältin Ermarth trug mit gefühlvoller Akzentuierung den Preisbescheid vor. Der zweite Teil des Abends war auf den fröhlichen Ton gestimmt. Die Merzins-Vergewaltigung wurde darin mit leichtem Tanzpielen.

Preisfest

Am Sonntag, das schon um 3 Uhr früh begann, sehr interessant. Die Preisfesten waren unterschiedlicher Art. In dem großen Festsaal mußten die kleinen Vereine alles hergeben, was in ihren Reihen steckte, besonders am Anfang, weil der Saal noch leer war. Vom Wort zum Festbescheid wird auf die hohe und lobende Aufgabe unserer deutschen Gesangsvereine hingewiesen. Man liest in dem Satz: „Unser Volk, unser liebreichstes deutsches Volk, ist nicht leicht geräumter Zeit gewaltiger innere und äußere Erschütterungen. Die Kraft, daraus neue Lieder zu schaffen hat es sich ein Recht noch nicht gefunden.“ Das Festbuch, das die Texte der Preisreden enthält, beweist, daß man nicht nach den „neuen“ Liedern, die aus der neuen Zeit, aus dem neuen Geist geboren wurden, schaut hat, aber vielmehr nicht nach suchen dürfen. Mit ganz wenigen Ausnahmen waren die Chöre auf: Vens, Liebe, Scheiden, Weiden, Wein, Rhein, Schak-Schmas gefolgt und aus dem Kreis „Vor dem Krieg“ genommen. Man hat sich beim Anhören der Chöre des Einbruchs nicht erwehren können, daß die welttaunend in ihrem ergauten, stürmischen, lebenserfahrenen Männer in ihrem Tiefinnersten sich an dieser längst verflunenen und verzerrten Komantik nicht mehr begeistern können. Der Vorstand bereitet aus tun, beim nächsten Gesangswettbewerb „freie Wahl“ den Chören zu lassen. Es verzirrt sich dann vielleicht der eine oder andere Tendenz auf das Programm. Das wäre nur ein Glück, denn es wäre eine Abwechslung hinein und er würde beweisen, daß das deutsche Lokomotivführer sicherlich noch von andern Sängern bewegt wird.

Es wurde Herrorragendes geleistet. Der Preisfest, von dem ich berichtet habe, wurde vom Männergesangsverein „Vorwärts“ lebendig und vollendet gelungen. Eine gleich ausgezeichnete Veranstaltung wurde durch das Regierliche Tanzfest durch die Dresdener Lokomotivführer.

Der Montag ist für Ausflüge nach Baden-Baden und in den Schwarzwald vorgesehen. Abends findet eine Abschlussfeierlichkeit in der Festhalle statt.

Zum ersten Schultag

Unter lieber Mädel und des Nachbars Trudi müssen heute Montag erstmals in die Schule. Weiters spielen beide Schultage den kindlichen Triebkräften gemäß. Ihr nunmehr ist das etwas schüchtern Kleintweien mit allerlei Liebesjungen und Verprechungen erstmals zum Volkserzieher. Der kleine Kleinschüler hängt und freut sich der kommenden Schultage. In der ersten Schulwoche gehts lustig zu bei Spiel, Singen, Märchen und Erzählen, wissend, daß mit Veranlassung der Freude und des Humors die wissensdürstige Kleinschülerin am ersten zu kapern ist. Kleine, mutige Schultage spielen in Harmlosigkeit an den tönenden Saiten der Orgel und frohgemute Kinderstimmen trällern das zu munt die Lehrerin das leichtverdauliche Kindermärchen. Das Kind ist gesund und wer Kinderlachen länger beobachtet, das Klappern, Malen, Zeichnen, Singen, Spielen Bildausmalen, Stabchenlegen, Aneken, Rechnen, Buchstabieren etc. Die verschiedenartige Sprechfertigkeit beider Geschlechter ist augenblicklich. Die körperliche Widerstandskraft hilft der geistigen Apperzeption. Lehrer und Arzt beginnen mit ihren wissenschaftlich begründeten Beobachtungen. Im

25 Jahre Stadtschularzt-Amt

Zum 25-jährig. Bestehen der schulärztlichen Tätigkeit an der Volksschule in Karlsruhe

Von Stadtobermedizinalrat Dr. Paull in Karlsruhe

(Schluß.)

Am 7. Juli 1910 legte der Landtag durch Gesetz den Gemeinden die Verpflichtung auf, Schulärzten wieder eine einseitige Bestimmung zu diesem Gesetz erteilt das Gr. Ministerium des Kultus und Unterrichts jedoch erst am 29. Oktober 1913. Durch die Eingemeindung von Darfanden wurde die Verstellung eines weiteren (6.) Schularztes notwendig. Die neue Stelle wurde dem Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Oberle übertragen.

Zunehmend hatte sich unter den Schulärzten die Ansicht geltend gemacht, daß das Gesetz mit 6 Schulärzten weder eine einseitige Erfüllung der schulärztlichen, noch der hygienischen Aufgaben der Stadt überhaupt zulasse. Sie heilten daher im Jahre 1912 an den Stadtrat den Antrag, einen hauptamtlichen Stadtschularzt für das Gesamtgebiet der Stadt zu bestellen, nach dessen Willens die nebenamtlichen Schulärzte ihre Tätigkeit ausüben sollten. Falls dieses nicht möglich sein sollte, so wünschten die Schulärzte, daß aus ihrer Mitte ein erster Schularzt bestimmt würde, dessen Aufgabe es sein sollte, eine möglichst einseitige Regelung des schulärztlichen Dienstes herbeizuführen und dem Stadtrat gegenüber die Belange der Schulärzte zu vertreten. Ferner wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß in Zukunft alle neu eintretenden Schulärzte einer planmäßigen ärztlichen Unterweisung unterworfen werden sollten.

Diesen Anträgen wurde von der Stadterwaltung insofern Gestalt gegeben, als der Stadtschularzt Dr. Paull zum geschäftsführenden Schularzt und Mitglied der Schulkommission ernannt wurde, nachdem Dr. Steiner wegen Übernahme der Oberarztstelle des Diakonienhauses aus der Schulkommission und dem Disziplinarverfahren und überhaupt aus dem Dienste der Stadt ausgetreten und an seine Stelle als Schularzt der Kinderarzt Dr. Blatiner getreten war.

Die planmäßige ärztliche Unterweisung aller Schulanfänger wurde grundsätzlich genehmigt, aber noch hinausgeschoben, da in Bälde die lang erwartete Verordnung des Gr. Ministeriums des Kultus und Unterrichts über die schulärztliche Tätigkeit erscheinen mußte. Sie erschien dann tatsächlich am 29. Oktober 1913. Diese Verordnung macht den Gemeinden nicht nur die genaue ärztliche Unterweisung der Schulanfänger zur Pflicht, sondern verlangt mindestens noch eine Unterweisung eines weiteren Jahrganges. Ferner sieht die schulärztliche Beratungsstellen für die Eltern von Schulanfängern vor und regelt überhaupt den schulärztlichen Dienst im ganzen Lande nach 23 Paragraphen.

Die Stadt Karlsruhe ist über die Mindestforderungen der neuen Verordnung sofort hinausgegangen und hat die Unterweisung von 3 Jahrgängen (I, IV und VII) angeordnet. Zur Durchführung dieser Unterweisungen und der weiteren Bestimmungen der Verordnung mußte die Zahl der Schulärzte in Karlsruhe erhöht werden, was mit Stadtratsbeschluss vom 11. April 1914 geschah. Zu weiteren nebenamtlichen Schulärzten wurden ernannt die prakt. Ärzte Dr. Arthur Baumgart, Dr. Hermann Claus, Dr. Wilhelm Eisenlohr und Dr. Theodor Homburger. So betrug das Schulärztkollegium jetzt 10 Personen. Das Honorar für jeden Schularzt wurde auf 1000 M. festgesetzt. Auch wurde die Fortbildungsschule und die Handelsschule in die schulärztliche Berufstätigkeit einbezogen, allerdings ohne Unterweisung der Schüler.

So war für das Schuljahr 1914/15 erstmals eine einseitige, erfolgsprechende Schulärztstätigkeit gewährleistet. Dann brach der Krieg aus und alle schönen Hoffnungen für ein erfolgreiches Wirken der Schulärzte wurde zu nichts gemacht. Ein Teil der Schulärzte wurde zum Militärdienst einbezogen, die in Karlsruhe verbliebenen Schulärzte waren durch Vorkriegstätigkeit und Privatpraxis über die Kräfte angestrengt. Dennoch wurde die schulärztliche Tätigkeit in dem durch die genannte Verordnung festgelegten Mindestumfang voll aufrecht erhalten. An einen planmäßigen weiteren Ausbau insbesondere der Schulfürsorge konnte in diesen nicht bedacht werden, da der Krieg mit seinen unmittelbaren Nachwirkungen alle anderen Fragen in den Hintergrund gedrängt hatte.

Die nun folgenden Ereignisse sind wohl allgemein bekannt. Nicht nur in Karlsruhe, sondern in den meisten großen Städten Deutschlands hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Aufgaben, welche die durch den Krieg geschaffene Vermittlung an Leben und Gesundheit unserer Jugend gestellt haben, nur durch große finanzielle Opfer der Städte, sowie durch zielbewusste, einseitige Erfüllung der schulärztlichen Probleme, gelöst werden konnten. Das nebenamtliche Schulärztsystem erschien diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen.

Personalbogen stehen sachmännlich beurteilt die schulischen Ergebnisse als zukünftiger Ausweis für Eltern, Lehrern und Gericht. Die geistige Arbeitsfähigkeit ist individuell. Ermüdungserscheinungen werden durch planvoll überdachte, spielerische Maßnahmen gehoben. Zweckdienliche Disziplin wird mit Liebe, Geduld, Einigkeit und kindertümlichen, pädagogischen Kniffen beinahe unbewußt in der Klasse herbeigeführt. Allmählich beginnt der kindlich angelegte Ehrgeiz zu weickern und die stolze Mutter behauptet gegenüber dem stillvergnügten Familienoberhaupt, das Eigenkind habe Verstand. Vorsichtig tastet der erfarrene Schulmann, damit die bewußte Reizschwelle der Jungmannschaft nicht gefährdet wird. Große Schulklassen im Unterbau der Volksschule sind belastend und oft negativ in ihren vermeintlichen, geistlichen Erziehungsleistungen. Selbst das Wetter und die Luftverhältnisse spielen eine nicht unwesentliche Rolle im Erziehungsbetrieb. Nige bringt Anmut im Lernbetrieb, weil niedere, beidende Reizerscheinungen unwillkürlich auftreten. Mit Bildmaterial und geschmückten Schulzimmern, die gar noch flotte Belichtung aufweisen, macht sich das Kindergarten bald heimisch. Haben der Lehrer und seine Amtsgenossen Wit, Humor, und Gemütsruhe, gepaart mit Musikliebe und Handeschmiff, so wissen die mittelstarken Schulkinder jeden Tag den lachenden Eltern vom internen Schulleben zu erzählen. Beim sonntäglichen Spaziergang beteuert dann nach dem ersten Schulerfahrungen die innende Mama dem Ernährer: „Ich vermute, unser Kind schlägt Dir nach.“ Ist es so?

Vorfürungen der Berufsfeuerwehr

Viele sind schon an der Hauptfeuerwache in der Ritterstraße vorbeigekommen und haben die schönen Gebäudekomplex bewunderungswürdig. Relativ sehr wenig war es bisher verstanden, auch einmal einen Blick in dieses Gebäude zu tun. Die Reichsfeuerwehrwache nach dem Branddirektor Wilde Gelegenheit, vor der Öffentlichkeit Einblick in unsere Berufsfeuerwehr durch Verbrennen und Vorfürungen zu geben. Schon um 9 Uhr früh hatte sich am Sonntag eine stattliche Anzahl Schaulustiger und Mitbezüglicher eingefunden, die den großen Hof bevölkerten. Branddirektor Wilde

Nachdem aus dem Kreise der Schulärzte selbst die Anregung zur Anstellung eines Schularztes im Hauptamte gegeben worden war, wurde der bisherige geschäftsführende Schularzt Dr. Paull ab 1. Oktober 1919 als hauptamtlicher Stadtschularzt bestellt. Schon im folgenden Jahre wurde ihm als 2. hauptamtlicher Schularzt der prakt. Arzt Dr. Max Riese beigegeben, an dessen Stelle später der Stadtmedizinalrat Dr. Reiss trat.

Als Grundvoraussetzung für eine gleichmäßige fürsorgereiche Erfüllung aller kranken und fränklichen Volksschulfinder wurden mit Genehmigung des Stadtrates die jährlich einmal vorzunehmende Reihenunterweisung aller 8 Jahrgänge der Volksschule eingeführt. Hierin eingeschlossen ist auch die Unterweisung der Horne sämtlicher Kinder. Diese allgemeine ärztliche Unterweisung aller Schulkinder einschließlich des 2. Jahrganges der Fortbildungsschule ist nun in der Tat die Grundlage für die gesamte fürsorgereiche Tätigkeit an der Schulanfänger geworden. Sowohl die Auswahl für die Entzündungsfürsorge, für die ärztliche Erholungsfürsorge (Waldfonie im Hartwald) in den großen Ferien, für die Schülerprüfung (Mittelschulprüfung, früher Quätersprüfung), für die Kropfbehandlung, das orthodontische Sonderturnen, ferner die Berufsberatung bei der Entlassung erfolgt bei den jährlich sich wiederholenden Reihenunterweisungen.

Es gibt keinen Weg, auf welchem eine rechtzeitige, gleichmäßige und sachgemäße Erfüllung der in ihrer Gesundheit gefährdeten Kinder besser möglich wäre. Gleichseitig wurde, um auf das Elternhaus einen maßgebenden Einfluss zu gewinnen, die tägliche ärztliche Sprechstunde eingeführt, in welcher die Schulärzte den Eltern der Schulkinder unentgeltlich Ratssätze bei etwaigen Gesundheitsstörungen geben. Ärztliche Behandlung ist dabei, den Vorschriften der Ministerialverordnung vom 29. Oktober 1913 entsprechend, selbstverständlich ausgeschlossen.

Nun mußte auch das Komitee für Ferienkolonien eine Umänderung erfahren. Es konnte die ihm jetzt erwachsenden Aufgaben nur in enger Zusammenarbeit mit dem Stadtschularzt, d. h. wenn es sich als Ausführungsorgan der von den Schulärzten geleiteten Vorarbeit betrachtete, erfüllen.

Stadtrat und Bürgerausschuss sind dieser Auffassung dadurch beigetreten, daß sie dem Komitee für Ferienkolonien keine bisherige selbständige auf Entlohnung freier Liebestätigkeit gerichtete Stellung beilehen, es durch hochberaite Beiträge in den Stand setzen, eine wirksame Arbeit an der Gesundheit unserer Schulanfänger zu verrichten und dem Stadtschularzt einen maßgebenden Einfluss auf die Geschäftsführung zu ermöglichen, wodurch die sachgemäße Verwertung der von der Stadterwaltung zur Verfügung gestellten Beiträge gewährleistet werden sollte. Die Geschäftsführung des Komitees wurde einem hiesigen Beamten im Hauptamte übertragen, so daß die Stadt alle Garantie für ordnungsgemäße Arbeit nach ihrem Willen besitzt. Die Veränderung des Namens „Komitee für Ferienkolonien“ in „Verein fränklicher Schulkinder“ in „Verein Jugendhilfe“ e. V. entsprach den nunmehr übernommenen Aufgaben an der gesamten Schulanfänger unserer Stadt.

Dadurch, daß auch das Stadtschularztamt im Vorstände des Vereins Jugendhilfe vertreten ist, ist ein enger Zusammenarbeiten mit der Stadterverwaltung gewährleistet. Erster Vorsitzender des Vereins Jugendhilfe ist a. St. Herr Altkabritrat Dr. Weill. Es mag ihm eine innere Genugtuung sein, an der Spitze eines für unsere Stadt außerordentlich wichtigen Unternehmens zu stehen, auf welchem er vor mehr als 25 Jahren den ersten Grund hat legen helfen.

Von der erfolgreichen Arbeit des „Verein Jugendhilfe“ auf dieser Basis braucht nicht viel gesagt zu werden, weil sie allgemein bekannt ist. Gelang es ihm doch, um nur eine Leistung hervorzuheben, in Donaueschingen auf dem Schellenberge in einer Höhe von 734 Metern ein Kinderferienhaus zu errichten, von welchem durch Sole, Luft und Sonne unaufhörlich ein großer Segen auf unsere karlsruher Schulanfänger herabströmt. Daß die vom „Verein Jugendhilfe“ veranstalteten „Zahnmärkte für Juni und Juli“ wesentlich dazu beigetragen haben, dieses Liebeswerk zu erstellen, soll hier nur nebenbei bemerkt werden.

So hat sich die schulärztliche Tätigkeit in den 25 Jahren ihres Bestehens aus kleinen Anfängen heraus zu einem beachtlichen Werkzeuge zur Hebung der Volksgesundheit entwickelt. Aber es wäre falsch, sich hiermit zu begnügen. Noch sind die höheren Schulen und die Berufsschulen in die schulärztlichen Aufgaben nicht einbezogen und die Anstellung eines Sportarztes ist im Interesse der sporttreibenden Jugend dringend nötig. Es ist kein Zweifel, daß unsere Stadterverwaltung an die Lösung auch dieser Aufgaben herangehen wird, sobald die Ungunst der Zeit sich gebessert haben wird.

berüste die Anwesenden und führte dieselben zum Teil selbst mit durch alle Räume. Dabei hat so mancher den Anspruch nicht unterdrücken können, daß die Hauptfeuerwehr wirklich großartig ist. Beiläufiges Interesse fanden die Anwesenden, die den Mannschaften den Weg vom Lufthallenraum sofort zu den Wagen erleichtern. 30 Mann haben Dienst, 30 Mann rüben abwechselungsweise. Jeder Berufsfeuerwehrmann muß einen Beruf gelernt haben, dem er in seiner nicht beruflich ausgefüllten Zeit nachgehen muß. Die Feuerwehrmänner wohnen in den angrenzenden Häusern an der Feuerwache und sind durch Alarmvorrichtungen sofort zu benachrichtigen. Ziel Lebenswertes haben die Vorfürungen an der großen Leiter, der Transport eines Verletzten mittels Tragabahre aus dem 2. Stock des Uebungsbaues, die Sprungvorführungen, die Leiterübungen an der Wand des Hauses. Die Sprungvorführungen demonstrieren recht eindrucksvoll die abendliche Kraft des Wassertrahls. Ein kleines Kunstwerk ist der gegen Rauch und Feuer unempfindliche Brandbau, der durch feuerfeste Konstruktion dauernde Verletzung erfährt. In hiesiger Nacht fanden die Feuerwehrmänner da, die besonderen Festtag hatten, weil sie um 11 Uhr zur Arbeit zur Propaganda durch die Stadt fahren dürfen. Zwischen war die Aufbaumenge bedeutend angeschwollen, die noch lange den mühseligen Genüssen der Feuerwehrleute laudieren, die auf dem Platz vor der Wache Aufstellung genommen hatte.

Betriebsräte und Gewerkschaften

Seute Montag, 5. Mai, abends 7.30 Uhr, Kartellisierung des ADGB, Ortsauschuss Karlsruhe, im Volkshaus, mosu außer den Delegierten die Betriebsräte und Vertrauensleute eingeladen sind. Kollege Schulerburga wird über das aktuelle Thema sprechen: „Betriebsräte und Gewerkschaften“. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

(:) 25 Jahre Gewerkschaftsdirektor. Herr Gewerkschaftsdirektor Ruhn konnte auf eine 25-jährige Tätigkeit als Gewerkschaftsdirektor zurückblicken. Der Jubilar hat sich um den Ausbau der Gewerkschaften äußerst verdient gemacht.

Haarzerzähne. Die Spezialkonstruktion der Chlorodont-Zahnbürste ermöglicht das Reinigen und Weichspülen der Zähne auch an den Seitenflächen. Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Haben Sie schon gesehen?

Liebeswalzer-Tonfilm in den Residenz-Lichtspielen

Ein Bombenerfolg

Auch das „Reif“ hat Samstagabend vor überfülltem Haus seine Vorzeichen den „Tonfilm“ eröffnet und gleich mit der Waise einen Treffer erster Güte erzielt. Die Ufa-Tonfilm-Operette „Liebeswalzer“ mit Lilian Harpeu und Billy Britsch in den Hauptrollen weist musikalisch und bildlich so viel prächtige Reize, so viel echt Wienerischen Charme auf, daß alle Zuschauer begeistert und des Lobes voll waren. Die Handlung an sich ist harmlos, die Geschichte einer Prinzessin, die sich wehrt, den ihr von Staatswegen bestimmten Ehemann zu heiraten, eine kleine Perle, die durch die Besetzung mit Lilian Harpeu und Billy Britsch zu einem der schönsten Lustspiele der Saison wird. Die Besetzung ist hervorragend, die Musik von hervorragender Qualität, die Regie von hervorragender Klasse. Die „Liebeswalzer“ schmeicheln sich jedem sofort ins Ohr. Ungezählte Möglichkeiten tun sich auf. Die Technik ruft mit 100 PS. vorwärts. Wo wird sie landen?

Städt. Sparkasse Karlsruhe. Unbekümmert um die Sorgen der Einzel- und der Gesamtwirtschaft geht die Karlsruher Bevölkerung den ernst richtigen Weg des Sparens, heute wieder wie vor dem Kriege, und wie es schon ihre Vorfahren getan haben. Die Karlsruher Bevölkerung hat sich schon von Anfang an einen Vorzug vor dem Durchschnitt der badischen und der deutschen Sparer gewöhnt und mit scharfer Standhaftigkeit auch beibehalten.

Während schon nach dem ersten Jahre der neuen Währungsreform auf den Kopf der Bevölkerung 14,80 M. entfielen, die heute im Laufe dieser wenigen Jahre sogar bis auf 225,95 M. anstiegen sind, konnte — die Gesamtheit der Sparer in Baden erst den Durchschnittsatz von 212,02 M. und die in Deutschland gar erst den Satz von 141,72 M. erreichen.

Mit scharfer Ausdauer wird die Karlsruher Bevölkerung ihren Vorsprung weiter verteidigen und sie wird ihn auch in Zukunft zu halten wissen.

(-) Die Berufsfeuerwehr war im Monat April 1930 in Tätigkeit: Großfeuer 3, Mittelfeuer 2, Kleinfelder 4, Schornsteinbrände 1, bös-williger Alarm 1, Hilfeleistungen 1, Gesamtarbeit 12. Kranentransporte 198.

(-) Umfang des Verkehrs beim Postämteramt Karlsruhe im April 1930. Zahl der Poststempel Ende April 1930: 44 153, März 1930: 44 167, mithin Abgang im April 14. Auf den Konten sind im April ausgeführt 1 425 495 Gutschriften über 232 953 179 M., 975 609 Postbriefe über 232 520 432 M., Umsatz 2 401 104 Buchungen über 465 474 611 M., davon sind barloslos beglichen 374 706 103 M. Durchschnittliches tägliches Gesamtaufgaben 23 426 464 M. Im Ueberweisungverkehr mit dem Ausland sind umgesetzt 1 256 269 M.

(-) Generalversammlung des Verbandes Badischer Dentisten. In den Tagen vom 10. bis 12. Mai findet in Karlsruhe die 45. Generalversammlung des Verbandes Badischer Dentisten im kleinen Saale der städtischen Festhalle statt.

Ringkämpfe im Colosseum. Der letzte Ringabend erbrachte den Beweis, daß es bei den Auskündigungskämpfen wirklich hart auf hart geht. Der geschmeidige Holländer v. D. d. t. tonis feinen Kampf gegen den bedeutend

schwereren Gegner sich unentschieden gehalten, was ihm lebhaften Beifall eintrug. Der Kampf Budrus gegen Stolsenwald wurde von Budrus wieder sehr hart und auch unfair geführt, so daß er zwei Verwarnungen einstecken mußte. Auch dieser Kampf endete unentschieden. Bei dem Siege über Bachratsh in 11 Minuten durch Gültenschwung. In dem Entscheidungskampfe Grunewald gegen Kop entfalteten beide Kämpfer ein außerordentliches Maß von Kraft. Grunewald war derart mitgenommen, daß er den Kampf aufgeben mußte. Der Sieg wurde Kop zugesprochen. Am heutigen Abend hat Kop den Draufgänger Budrus zum Gegner. Außerdem ringt v. D. d. t. tonis gegen Bachratsh, im Entscheidungskampfe sich gegen Budrus und ebenfalls im Entscheidungskampfe Bedram gegen Grunewald.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Sonntagabend kurz nach 8 Uhr ereignete sich auf der Ettlinger Allee in Höhe des Dammertplatzes ein Zusammenstoß zwischen zwei Motorradfahrern, von denen jeder einen Beifahrer auf dem Sozius mit sich führte. Sie kamen alle zu Fall und wurden mit Ausnahme eines Beifahrers mehr oder minder verletzt. Zwei von ihnen wurden ins Städtische Krankenhaus eingeliefert werden, während der dritte Verletzte mit einem Kotsverband wieder entlassen werden konnte. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Um 7 Uhr abends wurde in der Kriesgasse ein Radfahrer von einem unversehens rückwärts fahrenden Personenkraftwagen angefahren, wodurch ihm an seinem Fahrrad ein Schaden von etwa 50 M. entstand. Der Autofahrer fuhr davon, ohne sich um den Vorfall zu kümmern.

Am Sonntagvormittag kam es Ecke Eber- und Schmarwaldstraße zwischen einem Personenkraftwagen und einem Motorradfahrer zur Kollision. Beide Fahrzeuge wurden leicht beschädigt. Ursache des Unfalls: Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts durch den Personenkraftwagenfahrer.

Ein weiterer Zusammenstoß ereignete sich am Sonntagvormittag Ecke Kaiser- und Durlacherstraße, wo zwei Personenkraftwagen auf einander trafen. Beide Fahrzeuge wurden erheblich beschädigt, eines mußte abgeschleppt werden. Auch hier ist der Unfall auf Verstoß gegen die Vorfahrtsbestimmungen zurückzuführen.

Schon am Sonntag früh um 1/2 5 Uhr hatte sich ein gleicher Zusammenstoß Ecke Westend- und Koltzestraße ereignet, wobei die beiden Autos leicht beschädigt wurden. In diesem Falle bedarf die Schuldfrage noch der Klärung.

In der Durlacher Allee beim Schlichthof ereignete sich am Samstag nachmittags ein Zusammenstoß zwischen einem Personenkraftwagen und einem Radfahrer, der infolge übermäßigen Alkoholkonsums im Jiddad durch die Durlacher Allee fuhr. Sein Fahrrad wurde stark beschädigt.

Ausgefundener Kraftwagen

Der auf dem Festplatz am Freitag entwendete Personenkraftwagen IV B-9728 wurde in der Nacht zum Sonntag auf dem Karlsruher Weg wieder aufgefunden.

Diebstähle

Am Samstag wurden 5 Fahrradstahlfahle gemeldet. Aus einem Kino in Durlach kamen 8 Kino-Photos im Wert von etwa 20 M. abhanden.

Aus einem Garten im Durlach-Auer Gebiet, von dem schon in der Nacht zum 1. Mai Kopffal in größerer Menge abhanden gekommen war, wurden in der Nacht zum Sonntag wiederum etwa 60 Salatstöcke gestohlen.

Einem Kraftwagenführer wurden in der Nacht zum Sonntag in einem Lokal, wahrscheinlich von Begehossen, aus seiner Brieftasche 140 M. entwendet.

Haben Sie schon gesehen?

Körperverletzungen

Am Samstagabend erhielt ein 50 Jahre alter Former von dem 25 Jahre alten Sohn im Verlauf eines Wortwechsels einen Schlag mit einem Stuhl über den Kopf, der eine größere Verletzung verursachte.

Weiter gelangten wegen Körperverletzung ein 38 Jahre alter Arbeiter und ein 55 Jahre alter Arbeiter zur Anzeige.

Widerstand gegen die Staatsgewalt

Wegen Widerstands gegen Polizeibeamte mußte ein 16jähriger Schreier von auswärts, ein 16jähriger 24 Jahre alter Arbeiter und ein verheirateter 33 Jahre alter Kraftwagenführer vom Polizeirevier verhaftet werden. Die beiden letzteren, weil sie einem gegen sie vorgehenden Polizeibeamten so aufstehen, daß er vom Gummihandschuh und von der Seitenwaffe Gebrauch machen mußte.

Darlandern

Maifeier. Unsere Maifeier verlief in erster und würdiger Weise. Der Besuch hätte etwas besser sein dürfen, die Arbeiterzeitung, trotz Not und Glend den Ernst der heutigen Zeit noch nicht ganz fassen ließ sich deshalb auch viel leichter schimpfen, wenn man die man Aufklärung erhalten kann, wegdreht. Um so mehr freut man die Anwesenden an dem, was bei unserem Programm abgelaufen ist. Den musikalischen Teil bestritten der Gesangsverein Edelweiß, so wie die Kapelle des Musikvereins unter vorzüglicher Leitung der Herren Dirigenten Weigel, Klub, Freie Turnerschaft, Naturfreunde und Schachklub. Einzelne können wir diesmal nicht ausprechen, es sei denn, man wollte die Gruppe vor der anderen bevorzugen. Im Mittelpunkt des Festes stand die Festrede des Gen. Schulenburg. Durch seine überaus scharfsinnigen Ausführungen vermochte er die Zuhörerlichkeit voll und ganz an sich zu fesseln und erhielt dafür seinen reichen Beifall. Mit dem besten des Dankes konnte der Kartellvorsitzende, Gen. Kuns, dem Feiertag schließen.

Lichtspielhäuser

„Die auf Probe“ im Union-Theater, so betitelt sich der unter der Regie von James Flood inszenierte Film. — Die Gde ist ein langstreckter Ueberblick der Vergangenheit, verantwortlich für mehr Unheil, als irgend eine andere Tradition in der Antinggeschichte. Sie lockt die Welt in eine Sackgasse — der Trauerspiel ist eine Fahrt auf dem Meer, in der Mann und Frau verabschieden können, ob sie zusammen bleiben, das wird die Gde von morgen sein! So laut Professor der Gde. Dieses Thema ist so aktuell und so manchermaßen erörtert, daß man auf diesen Film gespannt sein darf. Er ist jedenfalls ein reichhaltiges Wertprogramm, das den Zuschauer zu einem planmäßigen Studium anregt.

Sozialdem. Partei Karlsruhe, Weststadt (Bez. 3, 4, 5 und 6). Am Freitag, 9. Mai, abends 8 Uhr, findet der angekündigte Unterhaltungs- und Werbeabend der Frauen statt. Lokal: „Kontinentaler Hof“ (Ecke Umland- und Goltzstraße). Der Abend wird wie wir bestimmt erwarten, die Genossinnen und Anhängerinnen unserer Partei veranlassen, wie im vorigen Jahre zahlreich anwesend zu sein. Im Programm sind Vieder, Kapierorträge u. a. ein interessanter Lichtbildvortrag vorgesehen. Genossinnen, wenn in eurem Bekanntenkreise und bringt viele Frauen und Mädchen mit!

LEISTUNGSFÄHIGE SPEZIAL-FIRMEN



Elektrizität in jedem Gerät

Rat und Auskunft erteilt

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt

Installations-Abteilung für Elektrizität

Karlsruhe, Kaiserallee Nr. 11

Telephon 5350-5358

Gasthaus zum „Sternen“
Ettlingen
Inhaber: Heinrich Schilling

Gute Küche Eigene Schlachtung

★

Vorzügliches St. Martinsbier
aus der Huttenkreuz-Brauerei

BANKHAUS
VEIT L. HOMBURGER

KARLSRUHE, Karlstraße 11

Städt. Sparkasse Karlsruhe

An Spareinlagen

— auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet — entfallen in

	Deutschland	Baden	Karlsruhe
am 1. 1. 1925	Mk. 9.80	10.37	14.89
„ 1. 1. 1926	„ 25.89	35.93	49.97
„ 1. 1. 1927	„ 49.66	52.81	89.26
„ 1. 1. 1928	„ 73.77	90.—	125.—
„ 1. 1. 1929	„ 110.18	154.59	180.13
„ 1. 1. 1930	„ 141.72	212.02	225.95

Städtisches Sparkassenamt

FELSBIER

IST DAS BIER DES



KENNERS

Bankhaus STRAUS & CO.
KARLSRUHE I. B.

Fernsprech-Anschlüsse

Stadtverkehr Fernverkehr Devisenabteilung

Nr. 4430 bis 4435 Nr. 4901 bis 4903 Nr. 4439

Sparer

müssen heute mehr denn je Wert auf unbedingte Sicherheit ihrer Einlagen legen

Sie bringen deshalb ihre Ersparnisse zu

Städt. (Oeffentl.) Sparkasse
Baden-Baden

die dieselben von 1.-RM. an zeitgemäß verzinst u. sicher anlegt

Gustav Siegrist

Südl. Hildapromenade 5

Telephon 5283



Bauunternehmen für Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau